

Christin Skiera

Europa erlebbar machen

Regionalpolitik als Mittel gegen EU-Verdrossenheit

Die Finanz- und Schuldenkrisen in Europa sowie die zähen Verhandlungen über den europäischen Haushalt erschüttern die Europäische Union bis ins Mark und befördern u.a. weiter die EU-Verdrossenheit der europäischen Bevölkerung, die immer lauter nach dem Nutzen der Union fragt. Die Bürgerinnen und Bürger mit an Bord zu holen, könnte z.B. durch einen vielversprechenden neuen Ansatz europäischer Regionalpolitik gelingen. Unsere Autorin erläutert dies am Beispiel der Ostseeregion.

Christin Skiera

(* 1985) ist Verwaltungswissenschaftlerin und arbeitet für das Projekt VINNOVA der Ostseestrategie in Schwedens Innovationsbehörde. Sie ist zudem Mitglied in der Berliner Forschungsgruppe für Nordische Politik.

Christin.Skiera@VINNOVA.se



Für die Reformen und Hilfspakete in Europa werden oft historische Argumente angeführt. Die EU sei z.B. der Garant für Frieden und Freiheit. In meiner Generation herrscht über die »Idee Europa« Konsens, auch wenn ein historisch motivierter Aufruf zum Teil auf Gleichgültigkeit stößt. Die jungen Europäer, die in den 80er Jahren oder später geboren wurden, haben weder Europas Aufstieg aus der Asche des Zweiten Weltkrieges noch dessen Befriedung nach den hochgerüsteten Jahrzehnten des Kalten Krieges miterlebt. Sie sind mit den Freiheiten von Maastricht aufgewachsen. Diese »Maastricht«-Generationen aber haben keine historische Bindung an das europäische Konstrukt, solange sie selbst sich keine eigene europäische Identität schaffen. Die unzähligen Möglichkeiten zum Reisen, Lernen und Arbeiten über nationale Grenzen hinweg, die für die Ausbildung einer solchen Identität hilfreich sein sollen, bieten sich aber eher den bildungsnahen Schichten. Dagegen sehen die bildungsfernen Schichten die EU eher als

Avantgardeprojekt, da sie sich durch die hohe Konkurrenz auf den liberalisierten Märkten benachteiligt fühlen. Diese Ernüchterung über das Projekt Europa gepaart mit politischer Gleichgültigkeit gefährdet die weitere europäische Integration, ja kann sie sogar um Jahrzehnte zurückwerfen. Also stellt sich die Frage, welchen Nutzen Europa für seine Bürger hat, wenn selbst die »Maastricht-Generation« sich so schwer für sie mobilisieren lässt. Am Beispiel der Ostseeregion lässt sich erkennen, welche Vorteile die EU – zumal in regionaler Kooperation – ihren Bürgern bieten kann, aber auch welche Chancen zum Teil vergeben worden sind.

Bis zum Ende des Kalten Krieges war die Ostsee ein geteiltes Meer. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der vollendeten Osterweiterung umsäumen die Ostsee bis auf Russland nur EU-Mitgliedstaaten. Dies führte zum geografischen, aber auch politischen und wirtschaftlichen Zusammenrücken der Region und verschaffte ihr gleichzeitig ein höheres Gewicht in Europa.

Trotzdem gibt es zwischen den acht Anrainerstaaten ein starkes strukturelles Gefälle und unterschiedliche Problemlagen: Hohe Jugendarbeitslosigkeit, Abwanderung oder Altersarmut zählen zu den Kernherausforderungen der ehemaligen Ostblockstaaten, die anderen hingegen sehen sich eher mit dem Rückbau des Wohl-

fahrtsstaates, der Zuwanderung sowie der »sanften« Liberalisierung der Märkte konfrontiert. Gerade das Strukturgefälle und die Unterschiede in den Herausforderungen macht eine Wirtschaftszusammenarbeit nötig, um die guten Standortfaktoren weiter zu entwickeln und auf die noch strukturschwachen Regionen zu übertragen. Die EU hilft der Region durch die vier Freiheiten des Binnenmarktes (freier Verkehr von Waren, Personen und Dienstleistungen sowie freier Kapital- und Zahlungsverkehr), durch finanzielle Unterstützung und neuerdings mit einer (makro-) regionalen Entwicklungsstrategie.

Diese Freiheiten bergen Chancen, aber auch Risiken für eine strukturell so ungleiche Region. Daher erhalten die Kommunen, Universitäten, Unternehmen oder gemeinnützigen Einrichtungen umfangreiche finanzielle Unterstützung aus den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) um Lebensstandards, Einkommen und Wirtschaftsleistung angleichen zu können. In der Förderperiode 2007-2013 flossen in die Region 112 Milliarden Euro z.B. in die Modernisierung von Ausbildungseinrichtungen, Infrastruktur oder Unternehmen. Davon wurden die Transportwege zu Wasser und zu Land ausgebaut und Fahrpläne von Zügen und Fähren an Ländergrenzen abgestimmt. Daneben sind enge Kooperationen in Energie-, Umwelt- und Transportfragen entstanden. Auch in die Wissenschaft fließen Mittel – egal, ob nach Helsinki oder Greifswald: Viele der Studenten- und Doktorandenplätze werden von Brüssel gefördert und so Spitzenforschung in der Region gesichert.

Die Wahrnehmung der Bürger

Jedoch kommen die Investitionen nicht direkt bei allen Bürgern an und schlagen sich bei ihnen zu wenig in für sie greifbaren Verbesserungen nieder – oder sie fallen nicht mehr auf, neben den von der

EU geforderten liberalen Wirtschaftsreformen, die das Ziel verfolgen, die Transformationsländer wettbewerbsfähig zu machen und den aufgeblähten Staatsapparat zu verschlanken. Von diesen Maßnahmen profitiert (bis jetzt) nämlich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. Für viele sinken hingegen die Reallöhne, die Abgaben steigen mit der Arbeitslosenrate. Vor allem setzen diese Reformen die nationalen sozialen Sicherungsnetze unter Druck. So spüren gerade Ältere die gekürzten Sozial- und Rentenleistungen und geraten nicht selten in Altersarmut. Erste Beobachter mahnen schon die baltischen Musterschüler, ihre Sparpolitik zu drosseln und wieder mehr in die öffentlichen Strukturen zu investieren.

Für die jüngeren »Maastricht-Generationen« stellt sich Europa weitgehend anders dar – sie sind so mobil wie nie zuvor. Ausbildung, Lehre oder Anstellung auf der anderen Meeresseite sind Dank der europäischen Mobilitätsprogramme möglich und werden nicht selten in Anspruch genommen. Wünschenswert ist jedoch, dass diese Angebote nicht zu Privilegien der bildungsnahen Schichten mit kapitalstarken Elternhäusern verkommen, denn die Kosten werden nur anteilig gedeckt. Die derzeit diskutierten Kürzungen bei den Erasmus-Programmen für Studenten und den vielen anderen Mobilitätsprogrammen würden den zukünftigen Generationen die Möglichkeit rauben, sich persönliche und berufliche Netzwerke im europäischen Ausland aufzubauen – und ihre europäische Identität mit Leben zu füllen.

Die EU hat mit ihren Handlungen vorrangig die auf dem Arbeitsmarkt vertretenen Bürger im Blick. Ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung ist aber hiervon nach wie vor ausgeschlossen und stellt sich die Frage, ob man ohne die EU nicht besser dran wäre. Vielen erscheint die EU der 27 zu weit weg und zu bürokratisch, um die spezifischen Anliegen der Bewohner lösen zu können.

Der Nutzen Europas

Das Subsidiaritätsprinzip beispielsweise greift etwa in Energie-, Umwelt- und Transportfragen zu kurz. Daher haben die Ostseeländer zusammen mit der Europäischen Kommission eine neue regionale Strategie auf den Weg gebracht, welche den Anrainerstaaten ermöglicht, ihre spezifischen Anliegen vor Ort und unter Einbeziehung der Bürger gemeinsam zu lösen. Diese sogenannte »Ostseestrategie« zielt vor allem auf eine saubere, sichere, zugänglichere und prosperierende Region.

Die fließenden Strukturfondsmittel und die zahlreichen bestehenden Projekte und Initiativen sollen besser abgestimmt werden, um eine stärkere regionale Entwicklung zu forcieren. Vorhandene Strukturen, Steuerungsinstrumente und Investitionsmittel sollen effizienter genutzt werden. Dabei sind aber zusätzliche Finanz-

mittel nicht vorgesehen. Die Strategie umfasst die Schwerpunkte Umwelt, Wohlstand, infrastrukturelle Zugänglichkeit sowie Sicherheit. Darin gibt es 15 Aktionsbereiche (»priority areas«) mit 80 sogenannten Flaggschiff-Projekten, z.B. »BSR Stars« für eine innovativere Ostseeregion durch eine bessere Zusammenarbeit von Forschern, Unternehmen und Clustern.

Die Themen auf der Agenda werden, mit Unterstützung von Brüssel, in der Region beschlossen, daher stehen auf dem Arbeitsplan z.B. die Bekämpfung illegaler Einleitungen in die Ostsee, eine verbesserte Meeresüberwachung oder die gemeinsame Koordination von Gas- und Strommärkten.

Sicherlich wären die Ostseeländer auch ohne den Europäischen Binnenmarkt wirtschaftlich vernetzt – aber im Rahmen von lediglich bilateralen Abkommen. Um die Ostsee herum wäre so ein unüberschau-

barer Flickentepich von kleinen Handelszonen mit unterschiedlichen Zoll- und Steuerbestimmungen und einem bürokratischen Wirrwarr entstanden. Ohne die EU wäre zudem das Strukturgefälle innerhalb der Region noch dramatischer. Und ohne die Aussicht auf einen EU-Beitritt wäre auch eine so rasche Etablierung starker Parteien und Parlamente im ehemaligen Ostblock nicht geglückt. Dann hätten sich wahrscheinlich halb-autokratische Systeme wie in der Ukraine herausgebildet.

Europa hat einige Reformen und Krisen zu meistern. Beim Eilen von einem politischen Brandherd zum nächsten darf es aber nicht aus den Augen verlieren, wem es eigentlich dienen soll: den Europäischen Bürgern. Diese müssen den Nutzen Europas in ihrem Alltag sozial und wirtschaftlich spüren, sonst werden sie nicht bereit

sein, die nötigen Reformen zu bezahlen. Dieser jüngere, stärker regional orientierte Ansatz, wie er in der Ostseeregion praktiziert wird, kann als Brückenglied zwischen der EU und den Bürgern fungieren und somit das Wirken Europas erlebbarer machen. Ob sich hieraus ein deutlicher Nutzen ergeben wird, hängt aber davon ab, ob die schon entstandene soziale Ungleichheit gemindert werden kann. Dafür muss die EU nicht nur als Wirtschafts-, sondern vor allem als Sozialunion bei den Bürgern ankommen. Wenn dies nicht gelingt, werden sich die Bürger weiterhin die Frage stellen, welchen Nutzen Europa für sie tatsächlich hat. Das Prinzip, Entscheidungen mit regionaler Reichweite auch im regionalen Zusammenhang zu verhandeln, ist ein viel versprechender Ansatz dafür, die Distanz zwischen Brüssel und den EU-Bürgern zu verkürzen. ■

Andreas Maurer

Institutionelle Ordnung der Wirtschafts- und Währungsunion – Anforderungen aus demokratiepolitischer Sicht

Die an allen Ecken und Enden wahrnehmbaren Defizite und Unwuchten im Institutionengefüge der EU machen – vor allem aus demokratiepolitischer Sicht – weitere Reformbemühungen dringend erforderlich. Unser Autor definiert die Wesensmerkmale einer die Autonomie der Mitgliedstaaten schonenden Mehrebenendemokratie und formuliert am Beispiel der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) Reformschritte, die die innere Kohäsion der EU nicht unterlaufen.

Angetrieben von der europäischen Banken-, Schulden- und Finanzkrise werben die Bundesregierung, die im Bundestag vertretenen Parteien, das Europäische Parlament (EP), die Europäische Kommission und einige AußenministerInnen der Europäischen Union (EU) für eine neuerliche Revision der Europäischen Verträge. Zwar unterscheiden sich die mit den Reformideen und -vorschlägen verknüpften Ziele, die dahinter liegenden Interessen



Andreas Maurer

(*1965) ist Leiter des Brüsseler Büros und Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU-Integration der Stiftung Wissenschaft und Politik. Forschungsschwerpunkt u.a.: Analyse der Strukturen und Dynamiken des europäischen Mehrebenensystems.

und europapolitischen Grundverständnisse hinsichtlich der Revisionsinstrumen-